



## Bewährungsstrafe für Obergerichtsvollzieher

**Verden (asi).** Wegen Untreue durch Unterlassen in 369 Fällen ist ein Obergerichtsvollzieher aus Nienburg gestern vom Landgericht Verden zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und zehn Monaten auf Bewährung verurteilt worden. Die Staatsanwaltschaft hatte zwei Jahre gefordert, der Verteidiger um eine kombinierte Haft- und Geldstrafe nachgesucht, die dem 62-Jährigen noch seine Pensionsansprüche erhalten würde. Die erste große Strafkammer stützte sich bei der Strafzumessung wesentlich auf das Gutachten des psychiatrischen Sachverständigen und sprach von einem „sehr traurigen Fall“. Matthias Eibach hatte dem mehr als 30 Jahre lang tadellos wirkenden Justizangestellten familiäre und psychische Probleme sowie eine „zwanghafte Persönlichkeit“ und Anfälle von Depressionen attestiert. Das Gericht hielt dem Angeklagten nicht nur sein umfassendes Geständnis, sondern auch seine „überdurchschnittlichen“ Bemühungen um Schadenswiedergutmachung zu Gute. „So eine Strafe wäre sonst nicht möglich gewesen“, sagte der Vorsitzende Richter.

## 30000 Euro für neuen Schulhof

**Achim (chb).** Das Gymnasium am Markt (GamMa) gestaltet seinen Pausenhof um 30.000 Euro sollen in den kommenden zwei Jahren in das Projekt fließen. Für die jungen Schüler werden Spielmöglichkeiten angeschafft, für die älteren Pennäler gibt es künftig mehr Sitzgelegenheiten und Ruhezeiten.

## Jagd durch den Stadtwald

**Verden (asi).** Hinter den Foxhounds der Niedersachsenmeute her geht morgen die Frühjahrsjagd durch den Verdener Stadtwald. Das Stelldichein ist ab 9.30 Uhr an der Stubendorfer-Reithalle. Ross und Reiter müssen auf der zehn Kilometer langen Strecke zahlreiche natürliche Hindernisse bewältigen.

## Amtsgericht verabschiedet Leiter

**Osterholz-Scharmbeck (tel).** Nach über 40 Jahren als Geschäftsleiter des Amtsgerichts Osterholz-Scharmbeck geht Heinz Meyer Ende dieses Monats in den Ruhestand. Sein Nachfolger steht bereits in den Startlöchern. Am 1. April übernimmt der 36-jährige Cord Stöver die Aufgaben des Geschäftsleiters in Osterholz-Scharmbeck.

## Bischöfin eröffnet Feierlichkeiten

**Worpswede (des).** Die Befürchtung, die Dorfbevölkerung könnte „gänzlich verwildern“, wenn es für sie kein Gotteshaus in der Nähe gibt, soll vor 250 Jahren den Anstoß gegeben haben, in Worpswede die Zionkirche zu errichten. An diesem Sonntag eröffnet Landesbischöfin Margot Käßmann die Jubiläumsfeier mit einem Gottesdienst.

## Wasserwerk wird erweitert

**Delmenhorst (ute).** Das neuere der beiden Delmenhorster Wasserwerke wird erweitert und modernisiert. Es soll künftig rund 80 Prozent der benötigten Verbrauchsmenge liefern. Zum Ausbau gehört auch ein Wassererlebnispfad. Das 100 Jahre alte erste Werk soll dagegen voraussichtlich im kommenden Jahr außer Betrieb gehen.

## Autofahrer schwer verletzt

**Bassum (bek).** Schwere Verletzungen hat ein 44 Jahre alter Autofahrer gestern Morgen bei einem Verkehrsunfall in Bassum-Kätingen erlitten. Laut Polizei wollte der Bremer einen Sattelzug auf der Bundesstraße 51 überholen, als dessen Fahrer gerade im Begriff war, nach links abzubiegen. Der Schaden wird auf 15.000 Euro geschätzt.

## Sonnenstrom mit Bürgerhilfe

**Weyhe (bau).** 250 Quadratmeter Solarzellen, die Strom ins öffentliche Netz einspeisen, sollen bald auf dem Dach der KGS Kirchweyhe installiert werden. Für die Photovoltaikanlage werden finanzkräftige Bürger gesucht, die sich an der Investition beteiligen.

## Eklat beim SV Lemwerder

**Lemwerder (gj).** Aus dem Neubeginn wurde nichts – am Ende der Jahreshauptversammlung des SV Lemwerder stand der Rücktritt zweier Vorstandsmitglieder. Streitpunkt war die Ausgabepolitik der Fußball-Abteilung. Schatzmeister Harald Scharfenberg trat auch gleich aus dem Verein aus.

## REDAKTION NIEDERSACHSEN

Telefon: 04 21 - 36 71 32 05  
Telefax: 04 21 - 36 71 10 28  
E-Mail: niedersachsen@weser-kurier.de



## Nordholzer Marineflieger rüsten sich für Einsatz am Horn von Afrika

Auf dem Marinefliegerhorst in Nordholz (Kreis Cuxhaven) laufen die Vorbereitungen für den Einsatz am Horn von Afrika. Fregattenkapitän Mario Kaiser wird neuer Kommandant der deutschen Soldaten in Dschibuti. Hinter ihm steht der Seefernaufklärer vom Typ P-3C Orion, der im April die deutsche Fregatte „Mecklenburg-Vorpommern“ im Kampf gegen den internationalen Terrorismus ablösen wird. FOTO: DPA

# Gute Aussicht für Migranten

## Oldenburg bietet Informatik-Studienprogramm bei nicht anerkannten Abschlüssen

Von Martin Wein

**Oldenburg.** Nach Schätzungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft entgehen Unternehmen pro Jahr 20 Milliarden Euro Umsatz, weil sie Stellen für Ingenieure, Informatiker und Naturwissenschaftler nicht besetzen können. 70.000 Stellen blieben 2007 unbesetzt. Eine davon hätte Irene Fröhlich gerne gehabt. Doch das Studium der Deutschstämmigen aus Tadschikistan gilt hierzulande nichts, ihr Abschlusszeugnis ist wertlos. Mit dem in Europa bislang einzigartigen neuen „Studienprogramm Informatik für Migranten“ der Universität Oldenburg soll sich das jetzt ändern.

„Wir müssen unser Bild von Migranten ändern“, sagt Rolf Meinhardt vom interdisziplinären Zentrum für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen (IBKM) der Oldenburger Hochschule. „Statt sie nur als hilfsbedürftige Flüchtlinge zu sehen, sollten wir darauf schauen, welche Fertigkeiten und Qualifikationen sie mitbringen.“ Kopfschüttelnd erzählt der Professor von einem Chefarzt aus Kasachstan, der in Hannover eine Stelle als Hilfskrankenpfleger antreten musste. Seine Zeugnisse und Referenzen wurden nicht anerkannt, der Mann wurde automatisch als ungelernte Arbeitskraft eingestuft. „Das ist nicht nur entwürdigend, sondern auch eine gewaltige Verschwendung an geistigen Ressourcen“, sagt Meinhardt, der sich seit mehr als zwei Jahrzehnten mit der Thematik befasst. Während hiesige Mitarbeiter einer Baumschule etwa eine defekte Maschine einfach in die Werk-

statt brächten, schau ein Traktorist aus der ehemaligen Sowjetunion erst einmal selbst unter die Motorhaube. „Es gibt bei Migranten viel verstecktes Wissen, auf das wir nur zugreifen müssen“, glaubt Meinhardt.

Ähnlich ist es bei Irene Fröhlich. 1963 in Kujdyschew geboren, hat sie zehn Semester Betriebswirtschaft und Informatik in Tadschikistans Hauptstadt Duschambe studiert und anschließend als Diplom-Ingenieur-Ökonomin in einem Staatsbetrieb für die Wartung von Bussen und Landmaschinen gearbeitet. „Ich war dafür zuständig, Arbeitsprozesse EDV-gestützt zu optimieren“, erzählt sie. Im Februar 1989 ging sie mit Ehemann Edmund und ihrem ersten Sohn Arthur nach Deutschland. „Die Lage war angespannt. Nationalisten wollten Tadschikistan für sich, wir Deutsche waren damals schlecht gelitten.“ In der Gemeinde Belm im Osnabrücker Land wurde die Familie heimisch. Glücklicherweise wurde sie nicht. „Es war, als ob ich ein ganzes Leben in der alten Heimat gelassen hätte“, sagt Fröhlich. Von ihren Kenntnissen wollte niemand etwas wissen. Manche schmunzelten über die „Ökonomin“ aus dem abgewirtschafteten Sozialismus. So pflegte Irene Fröhlich ihre Mutter, machte eine Fortbildung bei SAP und schließlich 2003 eine Umschulung zur Bürokauffrau. Kurzzeitig fand sie eine Stelle als Regionalsekretärin der evangelisch-lutherischen Kirche, bezahlt vom Arbeitsamt.

»Das ist eine gewaltige Verschwendung an geistigen Ressourcen.«

Rolf Meinhardt, Universität Oldenburg

Inzwischen sitzt die 46-Jährige wieder in Hörsälen. Im Herbst hat sie als eine der ersten fünf Teilnehmerinnen und Teilnehmer das Oldenburger Studienprogramm Informatik begonnen. In zwei bis drei Semestern soll sie ihren Master of Science in der Tasche haben, der europaweit akzeptiert wird. Wer weniger qualifiziert ist, kann auch in drei bis sechs Semestern den Bachelor anstreben. Zwei halbe Stellen hat die Hochschule geschaffen, um die bis zu 20 Studierenden pro Jahrgang kompetent zu begleiten. Eine promovierte Informatikerin aus Moskau und eine Psychologin geben Hilfestellung bei der Auswahl der Lehrveranstaltungen und notfalls auch speziellen Förderunterricht etwa in Programmiersprachen. „Ich habe noch nie so motivierte Studenten erlebt“, erzählt Meinhardt, „die wollen schon im ersten Semester das Thema ihrer Master-Arbeit besprechen.“

So richtig eingeschlagen ist das Oldenburger Studienprogramm noch nicht mit fünf statt 20 Studierenden. Meinhardt sieht dafür vor allem finanzielle Gründe: „Viele Bewerber leben von Hartz IV, sollen aber die vollen Studiengebühren von 720 Euro pro Semester zahlen.“ Die Bundesagentur für Arbeit habe sich bislang außerstande gesehen, diese Kosten als Fortbildung zu bezahlen. Die Betroffenen hätten ja bereits einen gültigen Studienabschluss, lautet die Argumentation. Dass der in Deutschland nicht anerkannt wird, spielt dabei keine Rolle.

## Schüler helfen Streithähnen

### An 69 Oldenburger Schulen gibt es Vermittler / „Bundesweit spitze“

Von Irena Güttel

**Oldenburg.** Gut zuhören konnte der 16-jährige Sebastian schon immer. „Wenn meine Freunde Probleme haben oder Streit mit jemandem, kommen sie zu mir“, erzählt der Oldenburger Schüler. Seit ein paar Jahren nutzt er sein Talent, um Streitigkeiten auf dem Schulhof zu schlichten. Seine Aufgabe ist es, zwischen den Streithähnen zu vermitteln und ihnen beim Lösen ihres Problems zu helfen. Das erfordert viel Einfühlungsvermögen. „Man muss sich in andere reinsetzen können, darf dabei aber nie die Distanz verlieren“, sagt Sebastian.

An 69 Schulen gibt es nach Angaben des Oldenburger Präventionsrats mittlerweile Schülerstreitschlichter wie Sebastian und speziell zu Vermittlern ausgebildete Lehrer. „Das ist bundesweit spitze“, betont der Vorsitzende Gerd Koop. Gestern trafen sich 350 Schüler und 50 Lehrer aus Oldenburg, Delmenhorst und Rastede, um ihre Erfahrungen auszutauschen und Ideen zu entwickeln. Auf dem Programm standen 27 Workshops, die sich unter anderem mit Mobbing, gewaltverherrlichender Musik oder blutrünstigen Computerspielen beschäftigten.

Gerade die Schülerstreitschlichter spielen nach Ansicht der Experten eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, die Gewalt unter Jugendlichen einzudämmen. „Gewaltprävention findet immer weniger in Familien statt“, erklärt Ulrike Heinrichs, Leiterin des Oldenburger Fortbildungszentrums.

Einer neuen Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen zufolge geht in Europa zwar die Gewalt an Schulen zurück. In Oldenburg beobachtet die Polizei aber einen gegenläufigen Trend. Von 2007 bis 2008 stieg die Zahl der angezeigten Kör-



Streit auf dem Pausenhof: Eine Mitschülerin versucht zu schlichten. FOTO: DPA

perverletzungen an Schulen um zehn Prozent auf 500, wie Polizeivizepräsident Dieter Buskohl erläutert. Davor dürfe man die Augen nicht verschließen – vor allem angesichts des Amoklaufs von Winnenden. „Wir brauchen eine Kultur des Hinsehens.“

Ein Blutbad wie an der baden-württembergischen Realschule können Schülerstreitschlichter wahrscheinlich nicht verhindern. Doch sie wollen den Experten zufolge die Chance nutzen, Anzeichen bei ihren Mitschülern frühzeitig zu erkennen. Das meint auch Sebastian: „Wenn wir merken, dass sich ein Schüler abkapselt, sprechen wir ihn an.“ Obwohl die Streitschlichter bei den meisten Schülern ein hohes Ansehen genießen, macht sich der 16-Jährige damit nicht nur Freunde. „Ich bekomme schon mal blöde Sprüche. Aber das ist mir egal.“

## Politiker packen ihre Sachen

### Verdrängungswettbewerb wegen Renovierung des Landtagsgebäudes

Von Michael Ahlers

**Hannover.** Post vom Präsidenten haben Abgeordnete von CDU und SPD bekommen. Der Inhalt des Schreibens lautet kurzgefasst so: Leute packt die Sachen, ihr müsst aus euren Büros, und das möglichst gestern.

Es geht noch nicht um den Teilneubau des Landtags, der wegen der Finanzkrise ohnehin fraglicher denn je geworden ist. Es geht, wie Präsident Hermann Dinkla (CDU) unheimlich schreibt, um „Renovierungsarbeiten“ im sogenannten Kammerflügel des Landtags. Da die Arbeiten vom Einbau neuer Fenster bis hin zu Elektroarbeiten sehr umfangreich seien, müsse der gesamte Kammerflügel ab Mai für zirka sechs bis sieben Monate geräumt werden, sagt Dinkla. Betroffen sind 13 CDU- und sieben SPD-Ab-

## „Unsere Synagoge ist das Größte“

### Gemeindevorsitzende Ingrid Wettberg



Die Bundesrepublik Deutschland wird 60. Was waren die großen Momente der vergangenen sechs Jahrzehnte? Menschen aus Bremen und Niedersachsen erinnern sich in persönlichen Momentaufnahmen.

Ingrid Wettberg ist Vorsitzende der mit 600 Mitgliedern bundesweit größten Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover: „Die Bundesrepublik Deutschland wird 60. Persönlich hätte ich es niemals für möglich gehalten, dass es in Deutschland nach der Shoa wieder möglich sein würde, jüdisches Leben aufzubauen. Aber nach 60 Jahren werden wieder Synagogen gebaut und für mich ist es das Größte, dass die Liberale Jüdische Gemeinde „Ez Chaim“ hier in Hannover am 25. Januar 2009 ihr neues jüdisches Bildungs- und Kulturzentrum mit Synagoge einweihen konnte. Allerdings gibt es auch einen Wermutstropfen, nämlich, dass jüdische Einrichtungen immer noch Polizeischutz brauchen.“



Ingrid Wettberg. FOTO: FR

## Lüneburg muss Umzug der Rechten zulassen

**Lüneburg (dpa-jr).** Die Hansestadt Lüneburg muss einen Umzug von Rechtsextremen am Ostersonnabend, 11. April, zulassen. Das Verwaltungsgericht gewährte gestern vorläufigen Rechtsschutz gegen ein von der Stadt ausgesprochenes Versammlungsverbot. Die Kommune könne lediglich die Route des Zuges ändern, um Zusammenstöße zu verhindern, hieß es. Die Demonstration von 150 Rechten unter dem Motto „Gegen linke Gewalt“ soll durch die Innenstadt führen. Eine große Gegendemonstration des DGB und des Netzwerks gegen rechts ist geplant. Am 11. April 1945 waren in Lüneburg 80 jüdische Häftlinge eines Gefangenentransportes ermordet worden. Die Polizei in Hannover hat einen dort für den 1. Mai geplanten Rechten-Umzug verboten.

## Britische Streitkräfte holen Union Jack ein

**Osnabrück (dpa).** Mit Rückgabe der letzten Kaserne haben sich die britischen Streitkräfte gestern endgültig aus Osnabrück verabschiedet. Die Flagge Großbritanniens, der Union Jack, wurde an der Kaserne am Limberg im Beisein von Osnabrücks Oberbürgermeister Boris Pistorius (SPD) feierlich eingezogen. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gehörten die Soldaten des Königreichs zum Stadtbild. Die Osnabrücker Kaserne am Limberg diene als Logistikeinheit und bot zusätzliche Einrichtungen wie Kindergarten, Kirche und ein zollfreies Einkaufszentrum. Ende Januar 2006 hatten die Briten den Abzug aus der Garnisonsstadt beschlossen.

## Ehepaar will Flutung stoppen

### Hausbesitzer kämpfen gegen Giftmüllauge im Schacht Mariagluck

**Lüneburg (dpa).** Ein Ehepaar aus Höfer im Kreis Celle will die weitere Flutung des Schachtes Mariagluck unter seinem Grundstück mit Lauge aus industriellem Giftmüll verhindern. In einem Verfahren gegen die Betreiber des 1977 stillgelegten Kalibergwerkes forderte es gestern vor dem Lüneburger Landgericht, die Flutung per einstweiliger Verfügung zu stoppen. Seit 2001 werden in die Hohlräume des Bergwerkes Laugen mit Filterrückständen aus Müllverbrennungsanlagen und Lauge aus dem maroden Atommülllager Asse gepumpt. Die Familie befürchtet Austritte ins Grundwasser, mit dem sie ihren Gemüsegarten beregnen.

Bergrechtlich sei die Befüllung der mehr als 800 Meter tief liegenden Hohlräume zugelassen, stellte der Richter in dem Zivilverfahren fest. Die Betreiber halten demnach auch die öffentlich-rechtlichen Grenzwerte ein. Vertreter des Bergwerkeigners K+S AG erklärten vor Gericht, der Salzstock sei absolut sicher, es könne keine Austritte geben. Die Lauge sei nur als gefährlich eingestuft, weil sie eine hohe Salzkonzentration aufweise und Inhaltsstoffe aus Müllverbrennungsanlagen stammten. Laut K+S kommen bis zu sieben Prozent der Lauge aus dem Atommülllager Asse bei Wolfenbüttel und den Müllverbrennungsanlagen.